

Handlungsbedarf bei der Alterspflege – welche Lösungen schlagen Sie vor?



Die Stiftung Zukunft.li veröffentlichte vergangene Woche ihre Studie «Fachkräfte und Freiwillige – wer pflegt und betreut uns im Alter?» und zeigt damit auf: Es besteht **dringender Handlungsbedarf**. Auch einige Lösungsmöglichkeiten schlägt die Stiftung vor. Nun ist die Politik gefragt.



Helen Konzett

Stv. Landtagsabgeordnete der Freien Liste (FL)

Die aktuelle Studie der Stiftung Zukunft.li bringt die künftigen Herausforderungen in der Alterspflege und Betreuung von älteren Menschen auf den

Punkt. Es geht darum, ausreichend Personal zur Verfügung zu haben sowie die dafür benötigten finanziellen Ressourcen bereitstellen zu können.

Teile die Schlussfolgerungen,

Ich teile die drei Schlussfolgerungen der Studie: Die Attraktivität der Pflegeberufe muss erhalten bzw. gestärkt werden; dem inländischen und regionalen Nachwuchs müssen mit ausreichend Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten optimale Bedingungen geboten werden und der Wiedereinstieg in den Pflegeberuf muss attraktiver werden, allenfalls können bestehende Hindernisse abgebaut werden. Ziel all dieser Massnahmen ist die Stärkung der Pflegeberufe auf sämtlichen Ebenen. Dies ist wichtig.

Andere Studien thematisieren die Wirkung des bei Anspruch auf Pflege und Betreuung staatlich ausgerichteten Betreuungs- und Pflegegelds: Sie regen an zu überprüfen, ob der Anspruch auf Auszahlung von Pflegegeld bei vorhandenem grösserem Vermögen bestehen bleiben soll.



Herbert Elkuch

Mitglied der Demokraten pro Liechtenstein (DpL)

Fehlen Fachkräfte, müssen mehr ausgebildet werden. Das ist schnell gesagt, jedoch nicht so einfach umsetzbar. In der Alterspflege ist der Frauenanteil

mit 73 Prozent und der Anteil inländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit 56 Prozent weit höher als der Landesdurchschnitt. Ein Grund dafür ist die Möglichkeit in Teilzeit arbeiten zu können. Lediglich 35 Prozent der Angestellten arbeiten in einem Vollzeitpensum. Gemäss Zukunft.li sind 43 Prozent der Belegschaft über 50 Jahre alt und scheiden in den nächsten 15 Jahren aus. Der Anteil der Menschen ab Alter 65 steige bis 2050 auf fast 30 Prozent an. Im Jahr 2015 gab es eine Person im Alter über 80 zu 18,4 Personen im Alter von 20 bis 64. Im Jahr 2050 werde dieses Verhältnis 1 zu 4,5 sein. Es braucht also nicht nur für die natürlichen Abgänge Personal, sondern zukünftig dringend auch eine zusätzliche Personalaufstockung.

Gerade in der Pflege wird einheimisches Personal besonders geschätzt. Deshalb sind Ausbildungsplätze und auch die Motivation, diese anspruchsvollen Berufe zu erlernen, und auch eine gute Entlohnung von grösster Wichtigkeit. 2018 leisteten 300 Personen 12 700 Stunden Freiwilligenarbeit bei den drei Hauptdienstleistern in der Branche. Besten Dank. Freiwilligenarbeit ergänzt die fachliche Pflege und Betreuung und ist ein wertvoller gesellschaftlicher Beitrag, kann aber den zusätzlichen Fachkräftebedarf nicht reduzieren.



Jürgen Beck

Landtagsabgeordneter der Unabhängigen (DU)

Gleich zu Beginn möchte ich meinen grossen Respekt all denjenigen zollen, die sich in der Alterspflege engagieren. Ich glaube, erst wenn man

selber pflegebedürftige Angehörige hat, kann man sich ansatzweise vorstellen, was das für eine Knochenarbeit ist.

Dass ein riesiges Problem auf uns zukommt, wissen wir irgendwie schon lange, aber vielleicht haben uns erst die Zahlen aus der Studie der Stiftung Zukunft.li so richtig wachgerüttelt. Man muss sich das vorstellen: Der Bedarf an professionellen Ressourcen wird von 2016 bis 2030 um 97 Prozent im stationären und um 81 Prozent im ambulanten Bereich steigen. Die Frage der «Liewo», welche Lösungen man vorschlagen könne, ist in diesem kurzen Beitrag nicht zu beantworten. Es gibt keine kurze oder einfache Antwort.

Ich zitiere einen Satz aus der Studie, der sehr bezeichnend ist: «Denn Politiker zeichnen sich ebenso wenig durch selbstloses Verhalten aus, wie die übrigen wirtschaftlichen Akteure.»

Das bedeutet nichts anderes, als dass der Druck auf die Politik wachsen muss. Dazu trägt die Studie bei. Wir müssen das Thema Alterspflege als äusserst prioritär ansehen. Jetzt und nicht irgendwann. Denn wenn wir das nicht regeln können, werden wir ein gesellschaftliches Problem bekommen, das die Lebensqualität in Liechtenstein extrem einschränken wird.

Berater-Affäre

Datenschutzstelle: Eine Begründung fehlt

Am 2. Juli trifft sich der Liechtensteiner Landtag zu einer ausserordentlichen Sondersitzung um die Berater-Affäre um Regierungsrätin und Ausserministerin Aurelia Frick zu klären. Regierungschef Adrian Hasler äusserte sich vergangene Woche das erste Mal zu der Sache. «Ich bemängle, dass Aurelia Frick nicht von Anfang an, die von der Geschäftsprüfungskommission (GPK) geforderten Unterlagen auf den Tisch gelegt hat und somit nicht die nötige Transparenz gegenüber der GPK gelebt hat», erklärte er am Mittwoch im Interview mit Radio L. Um die Sache zu klären, müsse die Regierungsrätin nun «die Hosen runterlassen und alles auf den Tisch legen». Diese habe in der Zwischenzeit die Datenschutzstelle gebeten, zu prüfen, ob der Landtag tatsächlich das Recht hat, Einblick in die personenbezogenen Daten zu erhalten. In einer Stellungnahme erklärte dieser am Donnerstag, dass aus seiner Sicht tatsächlich ein Rechtfertigungsgrund für die umfassende Offenlegung der gesamten Unterlagen fehle. Die Regierungsrätin kam während der Juni-Landtags-sitzung in Erklärungsnot, als die GPK sie auf die Budgetüberschreitung bezüglich der von ihr in Anspruch genommenen Beraterkosten ansprach. Im Vorfeld hatte die Kommission Aurelia Frick aufgefordert, die Rechnungen vorzulegen. Diese waren jedoch teilweise geschwärzt, was für Misstrauen im Landtag sorgte. Die Berater-Affäre eskalierte schliesslich, als die Fraktion der Unabhängigen öffentlich ihren Rücktritt forderte und Aurelia Frick wenige Stunden später in einem Interview verkündigte, als Regierungschefin kandidieren zu wollen. (red)



Marcus Vogt
Parteipräsident der FBP

Die Studie von Zukunft.li ist mit Sicherheit sehr wertvoll. Dass Handlungsbedarf bei der Alterspflege gegeben ist, steht ausser Frage. Wir werden uns innerhalb der

FBP mit diesem Thema weiter auseinandersetzen, sicher auf Grundlage der Studie und der noch ausstehenden Postultatsbeantwortung zur zukünftigen Finanzierung von Pflege und Betreuung im Alter. Ich masse mir aber nicht an, ohne vertiefte Sach- und Fachkenntnisse eine Lösung vorzuschlagen oder aus dem Katalog der Vorschläge von Zukunft.li etwas zu favorisieren.

Handlungsbedarf steht ausser Frage,,



Mario Wohlwend
Landtagsabgeordneter VU

Pflegebedürftige haben Anrecht darauf, mit Respekt behandelt zu werden und ihre Selbstständigkeit sollte, soweit es möglich ist, bewahrt werden. Die meisten Senioren werden

nicht über Nacht pflegebedürftig. Es handelt sich vielmehr um einen schleichenden Prozess.

Durch die Zunahme an Komplexität der Fälle (Multimorbidität) und der steigenden Lebenserwartung verschärft sich die heutige Situation. Hinzu kommt, dass sich die sozialen Strukturen auflösen, der Trend zur Vereinsamung steigt. Daraus wird sich auch ein veränderter Bedarf an Wohn- und Lebensformen ergeben.

Um diesem Thema Vorschub zu leisten, braucht es zur Finanzierung einen Teil des Staatshaushalts (Demografie-Prozent), welcher zweckgebunden für dieses Thema eingesetzt wird. Dem Fachkräftemangel muss durch eine bessere Entlohnung, Arbeitszeiten sowie attraktivere Arbeitsbedingungen entgegengetreten werden. Unter dem Motto «Pflege verdient höchste Anerkennung» muss auch das Image verbessert werden.

Nur ein Miteinander im Rahmen einer gesundheitspolitischen Gesamtstrategie und einem funktionierenden Care Management bringt unser Land als Ganzes weiter. Unser Postulat «Zeitvorsorge» stellt in diesem Prozess die wertschätzende sowie stabile Währung dar, welche die Versorgungsstruktur auf privater Ebene am Leben hält.

Die tickende demografische Zeitbombe muss entschärft werden. Schliesslich will jeder in Würde altern.